

Oskar Weggel

Strategische Partnerschaften - China eröffnet eine neue Ära des Antihegemonismus -

Gliederung:

- 1 „Strategische“ und „umfassende“ Partnerschaften
- 2 „Strategische Partnerschaft“ mit Rußland
 - 2.1 Der Grundgedanke
 - 2.2 Die Umsetzung
 - 2.2.1 Zwar häufige politische Kontakte...
 - 2.2.1.1 Politische Kontakte seit dem Untergang der UdSSR
 - 2.2.1.2 Flankierende Sicherheitsmaßnahmen
 - 2.2.1.3 Nicht-Regierungs-Kontakte
 - 2.2.2 ...aber auch Defizite
 - 2.2.2.1 Im militärischen Bereich
 - 2.2.2.2 Im wirtschaftlichen Bereich
 - 3 „Umfassende Partnerschaft“ mit Frankreich
 - 3.1 Die „Gemeinsame Erklärung“ vom 16. Mai
 - 3.2 Die praktische Umsetzung
 - 3.2.1 Politische Kontakte
 - 3.2.2 Ohne besondere wirtschaftliche Substanz
 - 3.2.2.1 Nur Handelspartner Nr.13
 - 3.2.2.2 Abschlüsse beim Chirac-Besuch
 - 3.2.3 Immerhin hebt die „Partnerschaft“ die wechselseitige Toleranzschwelle an
 - 3.2.3.1 „Diskreter Dialog“ in der Menschenrechtsfrage
 - 3.2.3.2 China „ignoriert“ die Waffengeschäfte Frankreichs mit Taiwan
 - 4 Zukunftsperspektiven: Ist mit einer Erweiterung der „Partnerschafts“-Strategie zu rechnen?

1 „Strategische“ und „umfassende“ Partnerschaften

„Partnerschaften“ - China eröffnet eine neue Ära des Antihegemonismus Nachdem die Sowjetunion 1968 in Prag einmarschiert war, hielten zwei neue Begriffe Einzug in die Terminologie des VRCh-Agitprop-Apparats, nämlich „Sozialimperialismus“ und „Hegemonismus“. Während der erste Begriff bald wieder von der Bildfläche verschwand, weil er dem Sozialismusbild der KPCh allzu sehr widersprach („sozialistischer Imperialismus“ - welch ein Widerspruch!), begann sich der Ausdruck „Hegemonismus“ umso stärker in den Gehirnen, vor allem aber in der politischen Terminologie zu verfestigen. Der *fan baquanzhuyi* („Antihegemonismus“) wurde von da an zu einem Prinzip der Außenpolitik, das vor allem in dem von Zhou Enlai und Nixon 1972 in Shanghai unterschrie-

benen Kommuniqué groß herausgestellt wurde und das schließlich sogar in den Verfassungstext der neuen Konstitution von 1982 als ein Prinzip der chinesischen Außenpolitik einging.

Nachdem Gorbatschow 1985 zum Generalsekretär der KPdSU ernannt worden war und der VR China gegenüber eine neue Politik eingeschlagen hatte, die in seinem Mai-Besuch von 1989 ihren Höhepunkt fand, begann das „baquanzhuyi“ langsam aus den offiziellen Verlautbarungen zu verschwinden.

Nach dem Untergang der Sowjetunion besteht vollends kein Anlaß mehr, den Begriff wiederaufleben zu lassen.

Zur gleichen Zeit aber beginnt ein altes, bis 1972 intensiv gepflegtes Feindbild, nämlich der „US-Imperialismus“ wieder in den Vordergrund des chinesischen Denkens zu treten, ohne daß dieser Ausdruck allerdings sprachlich benützt würde - „immer denken, nie darüber sprechen“ - dies etwa scheint z.Z. die Parole der chinesischen Führung zu sein.

Doch kommt der „Antiimperialismus“ auf eine andere, eher indirekte Weise zum Ausdruck, nämlich im Aufbau von „Partnerschaften“, die bis weit ins 21. Jh. hinein dauern sollen und die in Form von „Gemeinsamen Erklärungen“ (*lianhe shengming*) niedergelegt werden, in denen von einer weltweiten Tendenz zur Multipolarisierung (*duo jihua*) sowie von der Errichtung einer „neuen internationalen Ordnung“ (*jianli guoji xin zhixu*) die Rede ist, in der das alte Hegemonismusdenken keinen Platz mehr haben dürfe. An die Stelle von Konfrontation, Konflikt und Kaltem Krieg müßten die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, also vor allem des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und der Nichteinmischung treten.¹

Die neuen „Partnerschaften“ richten sich also m.a.W. gegen die einzige noch verbliebene Supermacht mit „hegemonistischen“ Ambitionen, nämlich gegen die USA.

Innerhalb des Zeitraums von nur einem Monat ist es der VRCh gelungen, gleich zwei entsprechende „Gemeinsame Erklärungen“ unter Dach und Fach zu bringen, nämlich am 23. April mit Rußland und am 16. Mai mit Frankreich.

In den Kommuniqués ist bezeichnenderweise auch immer wieder von einer Stärkung der UNO und ihrer Unterorganisationen die Rede: Stärkung auf Kosten des Einflusses der Supermacht USA!

„Strategische Partnerschaft“ bezieht sich allerdings nicht nur auf Dritte, nämlich die USA, sondern zielt auch auf eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses. Dies war bereits im September 1994 besonders betont worden, als Jiang Zemin - wieder einmal - Rußland besucht und Gespräche „mit Blick auf das 21. Jahrhundert“ geführt hatte. Das damals unterzeichnete Gemeinsame Kommuniqué bezog sich auf vier Bereiche, die partnerschaftlich ausgebaut werden sollten, nämlich: (1) Politik: gute Nachbarschaft und Freundschaft; Beachtung der Grenzabkommen; Reformabsprachen trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. (2) Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Tech-

¹Dazu RMRB, 24.4.97.

nik; Kooperation im Rechts-, Finanz-, Kredit-, Transport- und Informationswesen. Engere Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel. Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen beiden Nachbarländern. (3) Militär: Konsultationen im Bereich strategischer Waffen; Zusage, niemals zuerst Kernwaffen gegeneinander anzuwenden; Abschluß eines Abkommens über die militärischen Kräfte entlang der gemeinsamen Grenzen und Vertrauensbildung in militärischer Hinsicht. Die militärischen Stärkeverhältnisse sollten auf ein möglichst niedriges Niveau heruntergefahren werden. (4) Internationale Beziehungen: Beide Seiten betrachten sich gegenseitig als Großmächte, die eine wichtige Rolle bei der Wahrung des Friedens und bei der sich anbahnenden Multipolarisierung zu spielen haben; Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz; Lösung aller Konflikte durch friedliche Verhandlungen.

Rußland sagte gleichzeitig zu, sich ganz auf den Standpunkt Beijings in der Taiwan- und der Tibet-Frage zu stellen.²

2 „Strategische Partnerschaft“ mit Rußland

2.1 Der Grundgedanke

Bereits beim Chinabesuch Jelzins Ende April 1996 war zwischen China und Rußland eine „Partnerschaft bis ins 21. Jahrhundert hinein“ begründet worden.³ Das entsprechende Kommuniqué vom 25. April war auf drei Fragen eingegangen, nämlich auf die bilateralen Beziehungen (ständige Gespräche, Grenzvereinbarungen; Rüstungszusammenarbeit), auf „internationalen Frieden und Entwicklung“ (Maßnahmen gegen ABC-Waffen etc.) und auf Kontakte mit den Ländern der asiatisch-pazifischen Region.

Schon damals war klar, daß der Begriff „Strategische Partnerschaft“ (*zhanlüe xiezuò*) eher als Bekundung zur umfassenden Zusammenarbeit als im militärischen Sinne zu verstehen sei.

Die Ansätze von damals sind nun, beim Besuch Jiang Zemin in Moskau, präzisiert und am 23. April in einem Dokument niedergelegt worden, in dem die „Multipolarisierung der Welt“ (*shìjìe duójìhuà*) und die „Errichtung einer neuen internationalen Ordnung“ (*jiānlì guójì xīn zhìxù*) noch einmal wiederholt und im Sinne einer „Zurückweisung von Hegemonismus“ präzisiert wurde. An die Stelle von „Hegemonismus, Machtpolitik, Konfrontation und Konflikt“ müßten gleichberechtigte Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft treten. Die „neue internationale Ordnung“ müsse auf Frieden und Stabilität beruhen. Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz seien hier zu der beste Weg. Jedes Land besitzt das Recht, seine Entwicklung nach eigenem Ermessen zu betreiben, ohne daß andere Länder sich einmischen dürften. Verschwinden müsse vor allem jegliche „Kalte-Kriegs-Mentalität“ und jegliche „Blockpolitik“. Streitigkeiten seien durch Gespräche und friedliche Mittel zu bereinigen.⁴

Die in vergleichbaren Dokumenten übliche Formulierung, daß sich das Abkommen „gegen keine dritte Seite richte“, fehlt in der Gemeinsamen Erklärung bezeichnenderweise. Statt dessen heißt es in Punkt 6, daß beide Seiten davon ausgehen, daß die „strategische Partnerschaft zwischen China und Rußland dem globalen Trend der Entwicklung der internationalen Beziehungen in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges“ entspreche.

Beide Seiten stellten auch klar, daß die „strategische Zusammenarbeit“ nichts mit der Osterweiterung der NATO zu tun habe⁵ - dies war allerdings nur die halbe Wahrheit, da hinter der NATO-Osterweiterung ja vor allem die USA stehen, gegen deren Ausdehnungsdrang sich die strategische Partnerschaft ja richten soll.

2.2 Die Umsetzung

2.2.1 Zwar häufige politische Kontakte...

Die Zusammenarbeit sei durch Gipfeltreffen und durch ständige Kontakte auf hoher Ebene in die Praxis umzusetzen, heißt es in der Gemeinsamen Erklärung vom 23. April. Doch wie sieht die Praxis aus?

2.2.1.1 Politische Kontakte seit dem Untergang der UdSSR

Jiangs Moskau-Besuch vom April 1997 führte zum vierten Gipfeltreffen seit dem Untergang der Sowjetunion im Dezember 1991. Um zu illustrieren, wie dicht sich die Beziehungen seitdem entfaltet haben, seien die wichtigsten Besuchsaktivitäten hier chronologisch aufgeführt:

- 31.1.92: Ministerpräsident Li Peng trifft mit Boris Jelzin bei der UNO zusammen.
- 15.-17.3.92: Der russische Außenminister Kozirew besucht China.
- 24.-26.11.92: Außenminister Qian Qizhen in Rußland.
- 17.-19.12.92: Jelzin zum ersten Mal in China: Unterzeichnung eines Gemeinsamen Kommuniqués über die Ausgestaltung beiderseitiger Beziehungen.
- 12.-19.1.93: Delegation des russischen Obersten Sowjet in China.
- 23.6.-5.7.93: Liu Huaqing besucht Rußland.
- 8.-11.11.93: Der russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow besucht China.
- 27.-29.1.94: Außenminister Kozirew in China.
- 14.-18.5.94: Delegation der russischen Duma in China.
- 26.-29.5.94: Ministerpräsident Tschernomyrdin in China: sieben Abkommen.
- 27.-29.6.94: Qian Qizhen in Rußland.
- 11.-16.7.94: Verteidigungsminister Chi Haotian in Rußland.
- 2.-6.9.94: Präsident Jiang Zemin in Rußland: die beiderseitigen Nuklearwaffen sollen zukünftig nicht mehr aufeinander gerichtet sein; Beschluß über den Ausbau der bilateralen Beziehungen ins 21. Jh. hinein und über die Abgrenzung des westlichen Abschnitts zwischen beiden Seiten.

²Dazu C.a. 1995/10, Ü 5 m.N.

³Dazu C.a., 1996/4, Ü 1.

⁴RMRB, 24.4.97.

⁵Wen Wei Po in SWB, 26.4.97.

- 7.-9.5.95: Jiang Zemin in Moskau anlässlich des 50. Jahrestags des Siegs im „Antifaschistischen Krieg“.
- 25.-28.6.95: Ministerpräsident Li Peng in Moskau. Unterzeichnung eines Gemeinsamen Kommuniqués über die Entwicklung stabiler Beziehungen bis ins 21. Jh. hinein.
- 2.-9.12.95: Liu Huaqing in Moskau.
- 31.3-5.4.96: Der Vorsitzende des NVK, Qiao Shi, in Rußland.
- 24.-26.4.96: Boris Jelzin in China: Vereinbarung einer „kooperativen Partnerschaft“.
- 26.4.96: Die Präsidenten von China, Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan unterzeichnen ein Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im Militärbereich entlang der gemeinsamen Grenzen.
- 20.-26.9.96: Li Ruihuan, Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz, in Rußland.
- 21.-24.10.96: Der Vorsitzende des russischen Föderationsausschusses (d.h. des Oberhauses), Igor Strojew, besucht China.
- 17.-19.11.96: Der russische Außenminister Primakow besucht China.
- 9.-13.12.96: Eine russische Regierungsdelegation unter der Leitung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten besucht China.
- 26.-28.12.96: Ministerpräsident Li Peng drei Tage in Rußland. Beginn der regulären Treffen zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder.
- 14.-15.4.97: Verteidigungsminister Rodionow in China.
- 22.-26.4.97: Jiang Zemin in Rußland.

2.2.1.2

Flankierende Sicherheitsmaßnahmen

Am 24. April unterzeichneten China, Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan in Moskau ein „Abkommen über den wechselseitigen Rückzug der bewaffneten Streitkräfte in der Grenzregion“. Damit wurde eine weitere wichtige Vereinbarung getroffen, nachdem die fünf Vertragspartner bereits am 26.4.1996 das „Abkommen über erhöhte Vertrauensbildung auf militärischem Bereich in den Grenzregionen“ unterzeichnet hatten, und zwar in Shanghai. Beide Dokumente sind nach Meinung der *Volkszeitung*⁶ von historischer Bedeutung für die Verbesserung einer guten wechselseitigen Nachbarschaft in Zentralasien.

Entlang der 7.300 km betragenden Grenze zwischen China, Rußland und den drei zentralasiatischen Staaten dürfen gemäß den Vereinbarungen in einem 100 km breiten Grenzstreifen auf jeder Seite maximal 130.400 Soldaten, 3.810 Panzer und 4.500 gepanzerte Fahrzeuge stationiert sein. Ausgeschlossen von dem Abkommen sind „strategische Einheiten“, Langstreckenflugzeuge, Luftabwehrsysteme und die Marine. Rußland wolle seine Grenztruppen in den kommenden zwei Jahren um etwa 15% verringern, meldete die russische Nachrichtenagentur Interfax.

Durch das neue Abkommen solle ein Sicherheits- und Vertrauensstreifen entlang der gemeinsamen Grenzen geschaffen werden. Die Spannungen, wie sie in Zeiten des Kalten Krieges immer wieder aufgetreten seien, sollten nicht wiederkehren dürfen.⁷

Die Voraussetzungen für die Einhaltung der Vereinbarungen wurden vom chinesischen Qian Qichen auch deshalb günstig beurteilt, weil die mittlerweile zwischen China, Rußland, Kasachstan und Kirgistan unterzeichneten Grenzverträge die meisten der einst strittigen Areale juristisch exakt geregelt hätten; es blieben nur noch winzige offene Grenzteile.⁸

Jelzin bezeichnete das Dokument, das noch von den Parlamenten der fünf beteiligten Staaten ratifiziert werden muß, als Durchbruch und beispiellos für die asiatisch-pazifische Region. Es könne auch für das von Moskau abgelehnte NATO-Osterweiterungsprojekt als eine Art Modell dienen.

Bereits 1994 auch hatten beide Seiten ein „Abkommen über die Verhinderung gefährlicher militärischer Annäherungen“ (im gemeinsamen Grenzbereich) unterzeichnet.

An der sowjetisch-chinesischen Grenze hatte es in den 60er Jahren mehrfach Zusammenstöße zwischen Soldaten beider Seiten gegeben, vor allem beim Ussuri-Zwischenfall von 1968.

China hat mit Rußland eine gemeinsame Grenze von 4.345 km, vor allem im Fernen Osten. Die Grenzen, die China mit den drei zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan gemeinsam hat, belaufen sich auf rund 3.000 km.

Geplant ist auch eine russisch-chinesische Freihandelszone in Xiufenghe im Nordosten der Volksrepublik, die dazu beitragen soll, den Grenzhandel zu intensivieren. Nach chinesischen Angaben wurden in Xiufenghe 1996 Güter im Werte von 500 Mio. US\$ umgeschlagen.

2.2.1.3

Nicht-Regierungs-Kontakte

Am 23. April gaben Jiang Zemin und Boris Jelzin die Gründung eines „Chinesisch-russischen Freundschaftskomitees für Frieden und Entwicklung“ bekannt, das aus 30-35 Mitgliedern aus jedem der beiden Länder bestehen und das sich auf die Koordination von Beziehungen außerhalb der Regierungsarbeit konzentrieren soll.⁹

Jiang Zemin pries das chinesisch-russische Verhältnis in den höchsten Tönen - fast fühlte man sich an den Überschwang der frühen 50er Jahre erinnert: „China und Rußland sind durch Berge und Flüsse miteinander verbunden. Wir sind die mit Abstand größten beiderseitigen Nachbarn und sehen uns mit gemeinsamen Aufgaben konfrontiert, angefangen von reformerischen Anläufen über die Entwicklung unserer Wirtschaft bis hin zur Sicherung der weltweiten Stabilität. Wir haben uns entschlossen, ein chinesisch-russisches Komitee für die Vertiefung der Freundschaft, des Friedens und der Entwicklung zu schaffen und wir heißen alle russischen Freunde willkommen, in diesem Ausschuß aktiv mitzuarbeiten.“¹⁰

Kontakte auf Nicht-Regierungs-Ebene, die früher einmal der „Volksdiplomatie“ zugerechnet wurden, sind nicht zu-

⁶RMRB, 25.4.97.

⁷Ebd.

⁸XNA in SWB, 28.4.97.

⁹XNA, 24.4.97.

¹⁰Xinhua in SWB, 26.4.97.

letzt deshalb nötig, weil vor allem auf russischer Seite immer noch zahlreiche antichinesische Vorbehalte bestehen, die sich z.B. 1995 zu einer umfangreichen innerrussischen Diskussion ausgeweitet haben, ob z.B. vor technischen Vermessungsmaßnahmen im Grenzbereich nicht noch Nachverhandlungen mit China geführt werden sollten. Dies jedenfalls wünschten die Gegner Jelzins.¹¹ Jelzin war seinerzeit jedoch hart geblieben und hatte am 22.2.96 eine Anordnung erlassen, derzufolge die Demarkierungsarbeiten im umstrittenen Teilabschnitt der östlichen Grenze streng nach den im Mai 1991 festgelegten Abmachungen fortgesetzt und „ohne ernsthafte Verzögerung innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens“ erledigt werden sollten.¹²

Ein Reizthema in der innerrussischen Diskussion ist ferner die notorisch auftauchende „unkontrollierte Infiltration chinesischer Staatsbürger in den russischen Fernen Osten. Die Zahl der Chinesen, die sich mittlerweile illegal in Sibirien niedergelassen haben, übersteige längst die 2-Mio.-Grenze. Dabei handle es sich keineswegs um armselige Flüchtlinge, sondern um Zuwanderer, die mit erheblichen materiellen und finanziellen Mitteln daherkämen. Es sei höchste Zeit, hier Alarm zu schlagen.¹³ Die russische Regierung sucht solchen Argumenten den Einwand entgegenzuhalten, daß sich die Zahl der illegal zugewanderten Chinesen allenfalls auf „wenige Tausend“ belaufe. Im übrigen sei es doch beruhigend, daß mittlerweile sämtliche Grenzen zwischen China und Rußland festgelegt worden seien, so daß sich aus der Zuwanderung zumindest keine Folgerungen für neue Grenzverschiebungen mehr ableiten ließen.¹⁴

Ungeachtet solcher beruhigender Erklärungen sind es doch drei Themen, die auf beiden Seiten der Grenze die Diskussion bestimmen und die sich mit den Schlagworten „illegale Zuwanderung, Schmuggel und grenzübergreifende Kriminalität“ thematisieren lassen.¹⁵

2.2.2

... aber auch Defizite

2.2.2.1

Im militärischen Bereich

Bereits eineinhalb Wochen vor dem Besuch Jiangs in Moskau war das für Verteidigungsangelegenheiten zuständige Politbüromitglied Liu Huaqing in Moskau eingetroffen und hatte Gespräche militärischer Art mit seinen Partnern geführt. U.a. hatten beide Seiten die „Theorie“ zurückgewiesen, daß „von China Gefahr ausgeht“.¹⁶

Der russische Oberkommandierende der Marine, Feliks Gromow meinte am 18. April in Wladiwostok, daß sich die militärisch-strategische Balance in Asien und im Pazifik schnell zugunsten Chinas ändern könne, sobald einmal der Ostsektor der russisch-chinesischen Grenze exakt abgegrenzt sei. China erhalte dann Zugang zum Japanischen Meer - und damit zusätzliche Chancen für seine Marine in der Region. Die Übergabe eines Teils des russischen Territoriums aufgrund der Grenzabmachungen von 1991 gebe

China die große Gelegenheit, zum Japanischen Meer über den Tumangan-Fluß Zugang zu erhalten. Dabei hänge die chinesische Beweglichkeit allerdings von den Schiffsregeln ab, die auf dem Fluß zwischen den Nachbarländern Rußland, China und Nordkorea getroffen würden.¹⁷ Eine Strecke von 17 km an der Mündung des Flusses bilden die gemeinsame Grenze zwischen Rußland und Nordkorea.

Die russisch-chinesische Rüstungszusammenarbeit scheint nicht immer glatt zu verlaufen. Vor allem die russische Seite räumt ein, daß es „kontroverse Fragen“ gibt.¹⁸ Möglicherweise wollen russische Politiker die Übergabe von militärischer Spitzentechnologie an China verhindern. Es dürften nicht zuletzt Fragen dieser Art gewesen sein, die auf der Themenliste Liu Huaqings gestanden haben.

2.2.2.2

Im wirtschaftlichen Bereich

Wirtschaftlich hat Rußland der VR China vorläufig noch wenig zu bieten.

Der chinesisch-russische Handel ist, gelinde ausgedrückt, noch ausbaufähig. 1996 belief sich der beiderseitige Handelsaustausch auf 6,8 Mrd. Dollar - an den rund 280 Mrd. Gesamtvolumen der VR China gemessen fast eine Quantité négligeable!

Es bestehen Pläne, den Handel bis zum Jahr 2000 auf etwa 20 Mrd. US\$ zu erhöhen. Bedenkt man, daß Japan mit China allein im Jahre 1996 60 Mrd. US\$ umgesetzt hat (USA: 43, Hongkong: 41, EU: 40 und ASEAN: 20), so sieht man, wie unbedeutend der größte Nachbar Chinas in der chinesischen Außenwirtschaft nach wie vor ist.

China und Rußland arbeiten schon jetzt im Bereich von Öl-, Naturgas- und Kraftwerks-Projekten zusammen. Demnächst soll Rußland ein KKW in China errichten. Des weiteren will sich Rußland am Drei-Schluchten-Projekt beteiligen. Rußland beabsichtigt ferner, Pipelines zum Export von Öl und Naturgas aus Sibirien nach China zu verlegen.¹⁹

1995 hat Rußland in China 22 Mio. US\$ investiert, China umgekehrt in Rußland 40 Mio.²⁰ - eine Quantité négligeable!

3

„Umfassende Partnerschaft“ mit Frankreich

3.1

Die „Gemeinsame Erklärung“ vom 16. Mai

Beim Besuch des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac (15.-18.5.97) kam es zum zweiten Partnerschaftsabkommen, das diesmal nicht „strategisch“, sondern „umfassend“ (*quanmian*) genannt wurde, ohne daß es freilich zu wesentlich anderen Gewichtungen gekommen wäre als bei der chinesisch-russischen Vereinbarung. Beide wurden übrigens als „Gemeinsame Erklärungen“ (*lianhe shengming*) bekanntgegeben.

¹¹ Vgl. dazu C.a., 1995/10, Ü 4 und Ü 5.

¹² XNA, 23.2.96.

¹³ Itar-Tass in SWB, 2.11.94, C.a., 1995/10, Ü 5.

¹⁴ XNA, 19.11.94.

¹⁵ Dazu C.a., 1995/10, Ü 5.

¹⁶ XNA in SWB, 17.4.97.

¹⁷ Interfax in SWB, 23.4.97.

¹⁸ Interfax in SWB, 25.4.97.

¹⁹ In diesem Sinne Qian Qizhen bei einer Pressekonferenz in Moskau, XNA in SWB, 28.4.97.

²⁰ XNA in SWB, 23.4.97.

Am 16. Mai kam es dann zur Unterzeichnung der „Chinesisch-französischen Gemeinsamen Erklärung über die Errichtung einer umfassenden Partnerschaft“, die acht DIN-A4-Seiten und umfaßt und, wie der ganze Kontext deutlich werden läßt, als Dokument von historischer Bedeutung verstanden werden soll. XNA, 17.5.97.

Das Dokument beginnt mit dem Hinweis auf die frühe Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten am 27. Januar 1964 - damals ein weltweit als Sensation empfundenen Schritt. Sodann wird auf die historische Dimension des „Bangkok-Gipfels“ vom März 1996 hingewiesen,²¹ der eine Beziehung „neuen Typs“ zwischen Europa und Asien eingeleitet habe. Im Hinblick auf das bevorstehende 21. Jh. sei es nötig, zusätzlich den chinesisch-französischen Beziehungen Perspektiven mit Breitenwirkung zu verleihen.

Anzustreben sei eine harmonische Entwicklung hin zu einer multipolaren Weltordnung, in der die chinesisch-französischen und die asiatisch-europäischen Beziehungen eine wichtige Rolle spielten. Anzustreben sei eine Reform der UNO und eine weltweite Abrüstung, der Schutz der Umwelt, der Kampf gegen Drogen, Kriminalität und Terrorismus, die Verstärkung der Entwicklungshilfe (Nord/Süd- und Süd/Süd-Kooperation), die Förderung des multilateralen Handels und die Institutionalisierung von Konsultationen. Aus diesem Grunde solle es jedes Jahr zwischen beiden Seiten auf der Ebene von Stellvertreternden Ministern zu Konsultationen kommen, ferner zu „engen Konsultationen“ zwischen den ständigen Vertretern beider Seiten bei der UNO und zu „regelmäßigen Treffen“ zwischen höheren Beamten der beiden Außenressorts. Ermutigt werden solle ferner die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten, zwischen lokalen Behörden, Vereinigungen und professionellen Organisationen beider Länder.

Auch die Zusammenarbeit im technologischen und industriellen Bereich sowie zwischen den Flugzeugindustrien beider Länder solle verstärkt werden. China heiße auch die Teilnahme französischer Unternehmen an seinem Nuklearprogramm willkommen. Vor allem solle Frankreich weiterhin am Bau der KKWe in der Daya-Bucht sowie in Ling'ao beteiligt werden.

Zusammenarbeit solle ferner im Bereich der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie stattfinden sowie im klassischen Industriebereich, angefangen von der Chemie über Petrochemie, Metallurgie, Automobilbau bis hin zu Elektronik, Telekommunikation und Informationsnetzwerken.

Darüber hinaus solle es eine Kooperation im Bereich der Berufsausbildung geben.

China will in Straßburg ein weiteres Generalkonsulat errichten und Frankreich in Beijing, wie es etwas rätselhaft heißt, eine „neue diplomatische Vertretung“ aufbauen. Auch überlege Frankreich derzeit die Eröffnung weiterer Konsulate.

Unterzeichnet ist das Dokument von Jiang Zemin und von Jacques Chirac.

Innerhalb nur eines Monats hat Beijing damit sein zweites Dokument über die Errichtung einer „strategischen Partnerschaft“ unterzeichnet - zuerst mit Rußland (im April) - und dann mit Frankreich. Beobachter fragen, ob diese neue sino-französische Partnerschaft nicht den Zorn der USA erregen könnte, da die USA im Dokument zwar namentlich nicht erwähnt, wohl aber im Kontext als jene Macht angesprochen wurden, die mit ihren Supermachtambitionen der Multipolarisierung entgegenstehe.²²

3.2

Die praktische Umsetzung

3.2.1

Politische Kontakte An Zusammenkünften auf höchster Ebene kann sich Frankreich mit Rußland auch nicht annähernd messen. Bezeichnenderweise war der China-besuch Chiracs die erste Visite eines französischen Staatspräsidenten seit 14 Jahren!

Doch soll dieses Manko, wie in der „Gemeinsamen Erklärung“ beschrieben (dazu oben 3.1) in Zukunft durch häufigere Begegnungen wieder wettgemacht werden.

3.2.2

Ohne besondere wirtschaftliche Substanz

3.2.2.1

Nur Handelspartner Nr.13

Trotz aller Anstrengungen liegt Frankreich unter den europäischen Handelspartnern Chinas lediglich an dritter Stelle - weit hinter Deutschland und sogar Italien. Der französische Marktanteil in China steht in keinem Verhältnis zur globalen Bedeutung Frankreichs, der viertgrößten Industriemacht und dem viertgrößten Exporteur der Welt. Hier sei noch einiges nachzuholen, hatte Chirac in einem Interview vor Antritt seiner Reise betont.²³

Auch gingen die französischen Exporte nach China in den letzten Jahren laufend zurück, und manche Investitionen, so etwa das Automobil-Joint Venture von Peugeot in Guangzhou endeten mit einem Fiasko.

Ob hier nicht Nebenwirkungen der französischen Militärlieferungen an Taiwan zu spüren sind? (Dazu unten 3.2.3.2)

Mit 12,4 Mrd. Franc an Exporten i.J. 1996 steht Frankreich erst an 13. Stelle der Lieferanten - weit abgeschlagen hinter Japan (Nr.1), Taiwan (Nr.2), Südkorea (Nr.4) und Hongkong (Nr.5), die 60% der chinesischen Importe monopolisieren. Die Vereinigten Staaten nehmen Platz Nr.3, die Bundesrepublik Deutschland Platz Nr.6 und Italien Platz Nr.10 ein. Nur Großbritannien liegt zwei Plätze hinter Frankreich.

Andererseits hat Frankreich 1996 Waren für 30,8 Mrd. Franc aus China bezogen - und liegt damit an 10. Stelle; es schreibt also rote Zahlen in Höhe von 18,4 Mrd. Schlimmer noch: das Ungleichgewicht gegenüber China wird von Jahr zu Jahr krasser: 1989 lag es noch bei 1,1 Mrd. Franc zuungunsten Frankreichs - 1996 ist auf 18,4 Mrd. ange-

²¹Dazu C.a., 1996/2, S.159-161.

²²FT, 17./18.5.97.

²³XNA, 12.5.97.

wachsen.²⁴

3.2.2.2

Abschlüsse beim Chirac-Besuch

Insgesamt wurden beim China-Besuch Chiracs fünf für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen wichtige zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet, u.a. im Hinblick auf die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Welt- raums und bei der Entwicklung zivil nutzbarer Atomenergie.

Höchst konkret fielen auch die Verkäufe von Flugzeugen in einem Gesamtwert von über 1,5 Mrd. US\$ aus.

Beijing kauft 5 ATR-72-Flugzeuge und erhob Optionen auf fünf weitere Exemplare dieser Baureihe - Wert 150 Mio. US\$. Das Flugzeug wird vom AI(R)-Konsortium, einer französisch-italienisch-britischen Gemeinschaft, gebaut.

Unterzeichnet wurde ferner ein Abkommen zwischen der französisch-deutschen Gruppe „Eurocopter“ mit der chinesischen Avic (Aviation Industries of China), das die technologische Zusammenarbeit für den Bau eines geplanten chinesischen Helikopters vom Typ Z-10 vorsieht - Wert 70-80 Mio. US\$. Der 5,5 t schwere Z-10 soll sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke gebaut werden und ist fast identisch mit dem französisch-deutschen „Tiger-Hubschrauber“. Darüber hinaus kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens über den Bau eines hundertstzigen AE-100-Flugzeuges, das künftig in Zusammenarbeit zwischen Airbus, der italienischen Alenia, der chinesischen Avic und der singapurischen „Technologies Aerospace“ gebaut werden soll (AFP in SWB, 17.5.97). Außerdem wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der die chinesische Seite in Aussicht stellte, 30 Airbusse und zehn ATR-Flugzeuge zu erwerben.²⁵

All diese Erfolge sind jedoch weit davon entfernt, das „partnerschaftliche“ Frankreich außenwirtschaftlich auch nur von ferne an jene USA herankommen zu lassen, die in der „Gemeinsamen Erklärung“ zumindest indirekt als Hegemonialmacht angeklagt wird!

3.2.3

Immerhin hebt „Partnerschaft“ die wechselseitige Toleranzschwelle an

Beide Seiten machten sich im Vorfeld der Partnerschaftsvereinbarung Konzessionen:

Frankreich verzichtet auf eine scharfe Sprache in der Menschenrechtsfrage, China andererseits zeigt sich, wenn auch zähneknirschend, bereit, die Rüstungsgeschäfte Frankreichs mit Taiwan zu ignorieren:

3.2.3.1

„Diskreter Dialog“ in der Menschenrechtsfrage

Am 16. Mai thematisierte Chirac zwar die Menschenrechtsfrage und erbat die Freilassung zweier Dissidenten, nämlich Wei Jingshengs und Wang Dans. Auch das Schicksal von 17 weiteren Dissidenten wurde angesprochen.²⁶ Chirac ging hier allerdings äußerst behutsam vor. Es gebe

zwei mögliche Strategien, erklärte er, nämlich die Strategie der Konfrontation, die, wie jedermann wisse, von vornher- ein zum Scheitern verurteilt sei, oder aber die Strategie des Dialogs, die wohl als einzige Möglichkeit verbleibe.²⁷ Die chinesische Seite reagierte positiv auf diese Ersetzung des bisher so „sinnlosen Konfrontationskurses“ durch einen diskreten Dialog.²⁸

Chirac brachte auch die Rechte der Christen in China und den Unabhängigkeitswunsch der Tibeter zur Sprache; u.a. empfahl er den Dalai Lama als „gemäßigten“ Ansprechpartner.



(Le Monde, 17.5.97)

(Jiang Zemin: „Also, die Menschenrechte mitinbegriffen, müßte es eigentlich einen kleinen Nachlaß geben...“

Chirac: „Sogar noch mehr! Hinter mir steht Herr Boeing...“)

Das Verhalten Chiracs löste spöttische Kommentare aus: die FAZ²⁹ sieht Chirac „mit einem Schwarm von Geschäftsleuten im Gefolge in China aufkreuzen. Es ist wie üblich: man erblickt den ‚riesigen Markt‘, man hofiert eine der großen Mächte des nächsten Jahrhunderts. Hinter vorgehaltener Hand werden dann einige Worte gemurmelt über mangelnde Demokratie und die Verletzung von Menschenrechten in China, nach dem Motto: für 30 Airbusse müsse man ein paar eingesperrte Dissidenten in Kauf nehmen. ... Man darf Chirac unterstellen, daß er glaubt, was er einmal gesagt hat, daß man nämlich den Chinesen nicht heute schon Dinge abverlangen dürften, für deren Erreichung die westlichen Demokratien Jahrhunderte der Rechtsentwicklung gebraucht hätten. Die Frage ist nur, ob man China mit solcher Rücksichtnahme nützt. Ein Großteil der jungen Chinesen, die im Ausland studieren, kehrt nicht in die Heimat zurück. Der Mangel an Rechtsstaatlichkeit wird so auch zur Bremse der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung des Landes. Chirac mag guten Glaubens handeln, eine schlechte Politik ist das dennoch.“

3.2.3.2

China „ignoriert“ die Waffengeschäfte Frankreichs

²⁴Le Monde, 15.5.97.

²⁵XNA, 17.5.97.

²⁶La Chene Info in SWB, 19.5.97.

²⁷France Inter Radio in SWB, 19.5.97.

²⁸AFP in SWB, 17.5.97.

²⁹16.5.97.

mit Taiwan

Eine diplomatische Meisterleistung Chiracs liegt vor allem darin, daß Frankreich seine in den vergangenen Jahren mit Taiwan getroffenen Vereinbarungen buchstabengetreu abwickelt, ohne daß Beijing hier noch einmal den Finger in die Wunde legte: so trafen beispielsweise Anfang Mai, also nur wenige Tage vor der VRCh-Visite Chiracs die ersten der insgesamt 60 französischen Mirage-2000-Jagdflugzeuge in Taiwan ein. Die Lieferung der Mirage und der acht Lafayette-Fregatten an Taiwan ist für die VR China kein Thema mehr und wird in den parteiamtlichen Medien nicht mehr erwähnt. Seit der Gemeinsamen Erklärung vom 12. Januar 1994 gilt das Thema nach außen hin als Angelegenheit der Vergangenheit; offensichtlich aber versucht China nach innen hin weiter Druck auszuüben.

1991 hatte Taiwan in Frankreich 16 Fregatten und 1992 60 Mirage-Kampfflugzeuge bestellt - in einem Gesamtwert von 7,4 Mrd. US\$: damals ein gewaltiges Ärgernis für China, das mittlerweile allerdings unter den Teppich gekehrt wird.

Während Frankreich mit Abmahnungen in Ruhe gelassen wird, richtet sich die Kritik Beijings gleichzeitig umso stärker auf die USA, die ebenfalls gerade damit begonnen haben, ihre ersten F-16-Jagdbomber an Taiwan auszuliefern.

Frankreich kommt offensichtlich nicht in Gewissenskonflikte, wenn es beide chinesische Seiten mit Flugzeugen aufrüstet: nach Taiwan liefert es seine Mirage 2000, den Volksrepublikanern aber bietet es die Zusammenarbeit bei Hubschraubern und anderen Flugzeugen an.

4**Zukunftsperspektiven: Ist mit einer Erweiterung der „Partnerschafts“-Strategie zu rechnen?**

Von 1968 bis 1982 war der „Antihegemonismus“ das Leitmotiv der chinesischen Außenpolitik gewesen und hatte deren gesamtes Magnetfeld bestimmt. Hatte sich Beijing bis 1968 noch weitgehend revolutionären Zielsetzungen gewidmet, wobei es galt, möglichst vielen sozialistischen Regimen unter die Arme zu greifen, so folgte „nach Prag“ der Kurswechsel von der Revolutionsunterstützung zum Antihegemonismus. China vollzog diesen Wandel auf eine holzschnittartig klare Weise, und umwarb von nun an jeden „antihgemonistisch“ auftretenden Staat, ohne Rücksicht auf seine Couleur, handle es sich nun um einen monarchisch, einen westlich-demokratisch oder einen sozialistisch verfaßten Staat. Chinesische Afrika-, Lateinamerika-, Europa- oder Asienpolitik war von jetzt an ihrem Wesen nach Anti-UdSSR-Politik. Alle anderen Attribute wurden gegenüber dieser eindimensionalen Zielsetzung durchgängig zweitrangig. Sogar ein Haile Selassie oder ein Pinochet wurde als Partner willkommen geheißen, wenn er sich nur genügend antihgemonistisch artikuliert.

Vor allem aber wurde die 1967 gegründete und ursprünglich aus fünf südostasiatischen Staaten bestehende Allianz der ASEAN aus chinesischer Sicht zu einem Sympathieträger - und dies, obwohl das Bündnis ursprünglich im Geiste des Antikommunismus entstanden war. 1974 nahm die VRCh mit Malaysia, 1975 mit den Philippinen und Thailand diplomatische Beziehungen auf. Die VR

China einigte sich dabei nicht nur in der delikaten Frage der in diesen Ländern lebenden Auslandschinesen (Zugeständnis, daß es für sie keine Doppelstaatsangehörigkeit geben dürfe!), sondern unterschrieb vor allem die auch für die ASEAN-Regierungen so bedeutsame Antihegemonieklausel, derzufolge es keiner Macht gestattet sein solle, in der Region Vorherrschaft zu entfalten oder Einflusssphären zu schaffen. Gleichzeitig wurde das Recht auf Unabhängigkeit, Souveränität und Einmischungsfreiheit anerkannt - letzteres ein stilles Versprechen Chinas, seine Unterstützung für die lokalen KPs einzustellen.

Paradoxerweise war es der Sieg der kommunistischen Bewegungen in den drei Ländern Indochinas (1975) sowie der (vorübergehende) Bruch zwischen Beijing und Hanoi, der den Aussöhnungsprozeß zwischen China und den ASEAN-Staaten zusätzlich beschleunigte: die Fünf rückten nach 1975 ja noch enger zusammen, wobei sie das „kommunistische“ Vietnam und seinen Hauptverbündeten, die Sowjetunion, als Hauptfeind betrachteten, während China in dieser Situation eher als willkommenes Gegengewicht erschien.

Der Antihegemonismus ging, wie bereits erwähnt, schließlich sogar in den Verfassungstext von 1982 als außenpolitisches Grundprinzip ein.

Wird sich der stringente Widerstand, den Beijing in den 70er und 80er Jahren seinem damaligen Hauptfeind Sowjetunion bezeugte, künftig mit gleicher Konsequenz gegen die letzte noch verbliebenen Supermacht, nämlich die USA richten?

Solange die USA - zumindest aus chinesischer Sicht - mit ihrer Politik des Containment und der „Einmischung in innere Angelegenheiten“ gegenüber China fortfahren, ist eine solche Entwicklung durchaus denkbar. Letzlich liegt es also an Washington, in seiner Chinapolitik mehr Entgegenkommen zu zeigen. Dafür gibt es in der Tat bereits Anzeichen, zumindest seit dem Beginn der zweiten Amtszeit Präsident Clintons.

Beijing, das von diesem Stimmungswandel allerdings noch nicht überzeugt zu sein scheint, hat offensichtlich beschlossen, hier vorzubauen und noch weitere „Partnerschaften“ nach dem mit Rußland und mit Frankreich praktizierten Schema aufzubauen. Auch Deutschland könnte sich schnell mit dem Angebot konfrontiert sehen, ähnlich wie Frankreich manifest für eine „Multipolarisierung“ zu plädieren, sich damit latent aber auch gegen die USA zu wenden.